Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lesenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der Hinweise des Tages anzuschauen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Die EU muss anerkennen, dass die Grenzen der Ukraine verändert sind
2. Trump-Putin: EUropa bremst schon wieder
3. Merz schränkt Israel-Waffenexporte ein: Es müssen weitere Schritte gegen Israel folgen
4. Friedenspanik an den deutschen Börsen!!
5. Nach der Rezession ist vor der Rezession
6. Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesfinanzminister und die staatlichen Schulden: Wenn Vorurteile auf Ahnungslosigkeit treffen
7. 100 Tage Friedrich Merz: Diese Frage wird über den Fortbestand der Koalition entscheiden
8. Psychopathische Eliten: Warum sich die Menschheit höchstwahrscheinlich selbst zerstört
9. Unter unserer Würde
10. Corona-Aufarbeitung – Christian Drosten und der Fake-Faktor 16

***Vorbemerkung:*** *Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Die EU muss anerkennen, dass die Grenzen der Ukraine verändert sind**

Die EU-Ukraine-Alliierten sollten NATO-Generalsekretär Mark Rutte folgen, wenn er eingesteht, dass Gespräche über Gebietsabtretungen der Ukraine „unvermeidbar“ sind
Wir wollen den Krieg vorerst noch nicht dem Frieden opfern. Das ist die Botschaft, wenn eine Mehrheit der EU-Staaten kurz vor dem Alaska-Gipfel erklärt, die Grenzen der Ukraine dürften nicht verändert werden. Dieses Bekenntnis taugt zum Blankoscheck für einen verlängerten Krieg im Osten. Denn die Grenzen der Ukraine sind verändert. Wer das rückgängig machen will, kann das nur auf dem Schlachtfeld tun, der will kämpfen bzw. die Ukrainer dafür kämpfen lassen. Es gibt nur die Alternative: Die Realitäten anerkennen und davon ausgehend verhandeln oder die Realitäten gewaltsam verändern und nicht verhandeln.
Alles andere ist Theater und Täuschung, der krampfhafte Versuch von Friedrich Merz, Emmanuel Macron und Keir Starmer, Geltungsmacht zu reklamieren, wo es an Geltungskraft fehlt.
Quelle: Lutz Herden in der Freitag

dazu: **Russische Kontrolle über Gebiete laut Nato unvermeidbar – USA sind „durch“ mit Ukraine-Finanzierung**
Nach Ansicht von Nato-Generalsekretär Mark Rutte wird sich bei künftigen Verhandlungen über eine Friedenslösung im Ukraine-Krieg kaum vermeiden lassen, auch über die Zukunft der von Russland kontrollierten ukrainischen Gebiete zu sprechen.
„Wir müssen im Moment zur Kenntnis nehmen, dass Russland einen Teil des ukrainischen Territoriums kontrolliert“, sagte Rutte dem US-Sender ABC News. Nach einer Waffenruhe werde sich die Frage stellen, wie es in territorialen Fragen und mit Blick auf mögliche Sicherheitsgarantien für die Ukraine weitergehe. Zugleich betonte der Nato-Chef, die Ukraine sei ein souveräner Staat, der seine geopolitische Zukunft selbst bestimme.
Quelle: Welt Online

dazu auch: **Die Macht der Tatsachen: Ukraine-Krieg: Gebietsverzicht möglich.**
Jetzt ist das Wort ausgesprochen: »Gebietstausch«. Donald Trump hat angedeutet, dass es ihm bei seinem bevorstehenden Gipfel mit Wladimir Putin um Modalitäten solcher Grenzverschiebungen gehen werde. Das reichte schon, um sowohl in Kiew als auch in diversen EU-Hauptstädten Schnappatmung auszulösen. In der Abschlusserklärung ihres Krisentreffens von Sonnabend

bliesen die »Europäer« erst die Backen auf und forderten, Grenzen dürften nicht mit Gewalt verändert werden. Zwei Sätze später hieß es dann, die jetzige Frontlinie müsse »der Ausgangspunkt für Verhandlungen« werden. Ja, was denn jetzt? Ist dieser »Ausgangspunkt« etwa nicht mit Gewalt zustandegekommen? Und hat irgend jemand in Brüssel, Berlin, London oder Paris Anhaltspunkte dafür, dass dieser Krieg mit irgend etwas unterhalb des Einfrierens entlang der jetzigen Frontlinie beendet werden könnte?
Quelle: junge Welt

und: **Jeffrey Sachs appelliert an Europa: „Rufen Sie Putin an!“**
Der Ökonom und Diplomat Jeffrey Sachs hat konkrete Ratschläge für Friedrich Merz vor dem Gipfel Trumps mit Putin in Alaska. […]
Was sollten die Europäer tun, um den Krieg in der Ukraine zu beenden?
Rufen Sie Putin an. Betreiben Sie echte Diplomatie. Hören Sie auf, die NATO-Erweiterung voranzutreiben. Beenden Sie die wilde Russophobie. Und lernen Sie etwas über die wahre Geschichte, insbesondere über das amerikanisch-deutsche Versprechen, die NATO nicht zu erweitern, den einseitigen Rückzug der USA aus dem ABM-Vertrag im Jahr 2002, den amerikanisch-europäischen Plan, Serbien zu spalten, den Maidan-Putsch mit starker US-Unterstützung, das Versagen Deutschlands und Frankreichs bei der Durchsetzung des Minsk-II-Abkommens und die Einmischung der USA in den Istanbuler Friedensprozess im März/April 2022.
Quelle: Berliner Zeitung

2. **Trump-Putin: EUropa bremst schon wieder**
   Kurz vor dem ersten Gipfeltreffen zwischen US-Präsident Trump und Kremlchef Putin zur Ukraine stehen Großbritannien und die EU-Granden schon wieder auf der Bremse.
   Statt den Gipfel selbst auszurichten und Emissäre nach Washington und Moskau zu schicken, um das Treffen vorzubereiten, haben die EUropäer wieder einmal von der Seitenlinie versucht, ins Spiel zu kommen.
   Und wieder einmal stellen sie nicht das Wichtigste in den Vordergrund – den Frieden – , sondern tun so, als drehe sich die Welt einzig und allein um die Ukraine. Im Namen von Präsident Selenskyj stellen sie sogar Bedingungen.
   Quelle: Lost in Europe

   dazu: **Nicht in Europas Namen**
   Der SPIEGEL-Leitartikel von Steffen Lüdke, London
   Die Gefahr ist groß, dass Donald Trump die Ukraine am Freitag verraten

könnte. Kyjiws europäische Unterstützer müssen Selenskyj ermöglichen, einen schlechten Deal abzulehnen. […]
Gelänge es den Europäern hingegen, den Konflikt entlang der aktuellen Frontlinien einzufrieren und die Ukraine als souveränen Staat zu erhalten, könnten sie das Land in den kommenden Jahren bis an die Zähne bewaffnen. Westliche Ausbilder oder sogar Soldaten kämen zur Friedenssicherung ins Land – sie, so die Theorie, sollen Putin so von weiteren Angriffen abhalten.
Quelle: DER SPIEGEL (Bezahlschranke)

***Anmerkung Jens Berger:*** *Genau über solche Leitartikel hatte ich erst vorgestern einen kritischen Artikel geschrieben. Eigentlich ist es sinn- und witzlos, sich über solche journalistischen Minderleistungen aufzuregen. Genau dieses Szenario, eine „bis an die Zähne bewaffnete Ukraine“, in der „westliche Ausbilder oder sogar Soldaten“ stationiert sind, ist es doch, das Russland fürchtet und dem es niemals zustimmen würde. Da nutzt es auch nichts, wenn der „Kollege“ den Konjunktiv verwendet. Solange man in Deutschland randständige Maximalforderungen als ernsthafte Verhandlungspositionen ansieht, muss man sich wahrlich nicht wundern, dass man zu den echten Verhandlungen nicht einmal eingeladen wird.*

dazu auch: **Trump und Putin verhandeln über die Ukraine: Die gedemütigten Staaten von Europa**
Am Freitag verhandeln der US-Präsident und der Kremlchef über eine Waffenruhe in der Ukraine. Die Europäer können bloß zuschauen. Daran sind sie selbst schuld. […]
In einer Welt, in der immer häufiger die Gesetze des Dschungels gelten, muss sich die EU endlich auf die eigenen Stärken besinnen. Ohne grundlegende Reformen wird das allerdings nicht gelingen. Während Trump in den USA mit Dekreten regieren kann, muss sich die EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen auf der Suche nach dem kleinsten Nenner mit 27 Regierungen abmühen.
Will die Union eine Zukunft haben, muss die Zusammenarbeit in allen Bereichen verstärkt und Machtstrukturen verschoben werden. Der Krieg in der Ukraine und die erfolgreiche Erpressung durch Trump zeigen zudem, dass Europa endlich eine gemeinsame Sicherheitsstruktur und schlagkräftige Verteidigung aufbauen muss.
Die EU muss die lähmende Kleinstaaterei endlich überwinden – viele Weckrufe wird es nicht mehr geben.

Quelle: Tagesspiegel

***Anmerkung André Tautenhahn:*** *Wie darf man das verstehen? Noch mehr Macht für eine EU-Kommission, die von Leuten geführt wird, die niemand gewählt hat? Soll man von der Leyen nicht nur den Vertragsschluss per SMS straffrei durchgehen lassen, sondern auch den roten Knopf anvertrauen?*

und: **Just four days ahead of the historic summit between President Trump and President Putin, the European Council sought to issue a statement in the name of all EU heads of state and government.** Before the liberal-mainstream chorus begins its newest rendition of their favourite “Putin’s puppet” tune, I decided to share why I could NOT support the statement on behalf of Hungary.

1. The statement attempts to set conditions for a meeting to which leaders of the EU were not invited.
2. The fact that the EU was left on the sidelines is sad enough as it is. The only thing that could make things worse is if we started providing instructions from the bench.
3. The only sensible action for EU leaders is to initiate an EU-Russia summit, based on the example of the US-Russia meeting.

Let’s give peace a chance!
Quelle: Viktor Orbán via Twitter/X

3. **Merz schränkt Israel-Waffenexporte ein: Es müssen weitere Schritte gegen Israel folgen**
Der Teilstopp von Waffenexporten an Israel ist richtig. Merz wird dennoch als derjenige in Erinnerung bleiben, der einem Kurswechsel im Weg stand.
E s ist passiert. Viel, viel zu spät. Weit über 60.000 getötete Menschen, 1,9 Millionen Binnenvertriebene, eine ganze Generation tief-traumatisierter Kinder zu spät. Aber es ist endlich passiert: Als Antwort auf Benjamin Netanjahus Gaza-Besetzungspläne schränkt die Bundesregierung die Rüstungsexporte nach Israel ein – und kommuniziert dies auch noch offen.
Der Schritt ist zwar in erster Linie ein symbolischer – denn ein paar Panzerersatzteile weniger werden Benjamin Netanjahu kaum dazu bewegen, seine Besetzungs- und Vertreibungspläne für den Gazastreifen ad acta zu legen. Der Großteil der importierten Waffen, die im Gazastreifen eingesetzt werden, kommt immer noch aus den USA. Und unter Trump, der von Gaza als

(ethnisch gesäuberte) Freifläche für US-Investitionen träumt, ist ein Kurswechsel nicht absehbar.
Quelle: taz

dazu: **Keine Waffen mehr nach Israel? Die Bundesregierung und der schöne Schein**
Jetzt wird also so getan, als hätte selbst die Bundesregierung genug von der Reinszenierung des Warschauer Ghettos durch die Regierung Netanjahu. Der Eindruck wird zumindest durch Schlagzeilen wie „Deutschland stoppt Waffenlieferungen an Israel: Zeichen gegen Netanjahu“ geweckt.
Das erste, was an den Aussagen von Bundeskanzler Friedrich Merz auffällt, mit denen er einen Stopp von Rüstungsexporten nach Israel erklärt, ist die Formulierung: „Unter diesen Umständen genehmigt die Bundesregierung bis auf Weiteres keine Ausfuhren von Rüstungsgütern, die im Gazastreifen zum Einsatz kommen.“
Jeder, der schon einmal mit Juristen zu tun hatte, erkennt die Einschränkung, denn es werden schließlich nur Exporte jener Güter gestoppt, die „im Gazastreifen zum Einsatz kommen“. Das größte deutsche Rüstungsgeschäft mit Israel, das derzeit läuft, ist jedoch der Bau von U-Booten, die bekanntlich unter Wasser eingesetzt werden, und daher nicht im Gazastreifen.
Quelle: Dagmar Henn auf RT DE

dazu auch: **Die Zwei-Staaten-Lösung ist der einzige Weg zum Überleben Israels**
Die größte Bedrohung für das Überleben Israels sind nicht die arabischen Nationen, die Palästinenser oder der Iran, sondern die Politik der extremistischen Regierung Israels.
Ein offener Brief an den israelischen Außenminister.
Sehr geehrter Herr Minister Sa’ar,
ich schreibe Ihnen im Anschluss an Ihre Rede vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 5. August. Ich habe an der Sitzung teilgenommen, hatte jedoch nach der Sitzung keine Gelegenheit, mit Ihnen zu sprechen. Ich möchte Ihnen meine Gedanken zu Ihrer Rede mitteilen.
In Ihrer Rede haben Sie nicht anerkannt, warum fast die ganze Welt, darunter auch viele Juden wie ich, über das Verhalten Ihrer Regierung entsetzt ist. Nach Ansicht der meisten Menschen weltweit, der ich mich anschließe, begeht Israel Massenmord und hungert Menschen aus; Ihrer Rede nach zu urteilen, wissen Sie das nicht. Sie haben nicht anerkannt, dass Israel bisher den Tod von etwa

18.500 palästinensischen Kindern verursacht hat, deren Namen kürzlich in der Washington Post veröffentlicht wurden. Sie haben die Hamas für den Massenmord an Zivilisten durch israelische Streitkräfte verantwortlich gemacht, obwohl die Welt jeden Tag Videoclips sieht, in denen israelische Streitkräfte hungernde Zivilisten kaltblütig töten, wenn sie sich den Lebensmittelverteilungsstellen nähern.
Quelle 1: Jeffrey Sachs auf Overton Magazin
Quelle 2: Berliner Zeitung

4. **Friedenspanik an den deutschen Börsen!!**

   **Externer Inhalt**

   Beim Laden des Tweets werden Daten an X (ehemals Twitter) übertragen.

   Inhalt von X (Twitter) zulassen

   > Friedenspanik an den deutschen Börsen!!
   >
   > Die Kurse der Rüstungsaktien brechen ein, ist wohl die Sorge, dass in #Alaska Grundzüge einer Friedenslösung verabredet werden könnten: „Anleger fürchten, dass Friedenssignale die milliardenschwere Auftragsfantasie trüben könnten.“… pic.twitter.com/jh1piU6OLx
   >
   > — Andrej Hunko (@AndrejHunko) August 11, 2025

   Inhalte von X (Twitter) nicht mehr zulassen

5. **Nach der Rezession ist vor der Rezession**
   Die deutsche Wirtschaft kommt nicht aus der Talsohle. Nachdem das Statistische Bundesamt Anfang August die Entwicklung der deutschen Wirtschaft wesentlich negativer dargestellt hat als zuvor (wie hier gezeigt), entscheidet sich in diesen Tagen, ob die deutsche Wirtschaft wirklich in eine Phase der Stabilisierung eingetreten ist, wie das die ersten Zahlen des Amtes für das erste und zweite Quartal dieses Jahres vermuten lassen könnten. Nach den revidierten Zahlen des Bundesamts endete die Rezession erst im

vierten Quartal 2024 mit einem Anstieg von 0,2 Prozent (blaue Linie in Abbildung 1). Im ersten Quartal hat das Amt mit seiner vorläufigen Schätzung einen Anstieg von 0,3 Prozent angenommen und für das zweite Quartal beläuft sich die erste Schätzung auf minus 0,1. Doch die Entwicklung der Produktion in der Industrie und in der Bauwirtschaft (zusammen Produzierendes Gewerbe genannt) spricht wiederum eine andere Sprache (die grüne Kurve in Abbildung 1).
Erneut entfernt sich das BIP deutlich von der Produktion. Diesmal liegt die Ursache jedoch nicht in der grundsätzlichen Berechnungsmethode des Bundesamtes, sondern darin, dass sich die statistisch erhobenen Produktionszahlen für Mai nachträglich deutlich verschlechterten und der Juni einen unerwarteten Einbruch brachte. Das zweite Quartal ist schon wieder ein Kandidat für ein wirkliches Rezessionsquartal.
Quelle: Relevante Ökonomik

dazu: **Wenn Sie sich aktuell informieren wollen: Der Spiegel hat nur die letzten dreieinhalb Jahre verschlafen**
Keine Sorge, ich lese den Spiegel nicht. Ich habe einfach nicht genug Geld, um mir so etwas zu leisten. Manchmal schaue ich aber die Titelzeilen an und auch da erlebt man schon Erstaunliches. Dort schreibt z. B. ein gewisser Henrik Müller über Wirtschaft. Auch dessen Kommentare will ich nicht lesen, aber diesmal sind seine ersten drei Zeilen, die frei verfügbar sind, einfach genial. Unter dem Titel „Die Macht des Trübsal-Index“ (keine Ahnung, was dieser Index sein soll) steht:
„Die deutsche Wirtschaft stagniert, und allmählich schlägt der Dauerstillstand auf den Arbeitsmarkt durch. Steht die nächste Jobkrise bevor? Die Auswirkungen auf die politische Stimmung im Land könnten gravierend sein.“
Dauerstillstand in der deutschen Wirtschaft, die allmählich auf den Arbeitsmarkt durchschlägt! Das ist nicht von dieser Welt. Der Mann hat genau dreieinhalb Jahre keine Statistik angeschaut und will uns jetzt sagen, was Sache ist.
Quelle: Relevante Ökonomik

dazu auch: **Gut ein Drittel der Unternehmen in Deutschland hat zu wenige Aufträge**
Mehr als jedes dritte Unternehmen in Deutschland klagt aktuell über einen Auftragsmangel. Das geht aus einer Umfrage des Münchner ifo Instituts hervor. Im Juli fehlten demnach 36,7 Prozent der Unternehmen feste Zusagen – nach

zuvor 37,3 Prozent im April. Damit liege der Wert weiter deutlich über dem langfristigen Durchschnitt. „Der anhaltende Auftragsmangel bleibt ein zentrales Hemmnis für eine substanzielle konjunkturelle Erholung“, sagte ifo-Experte Klaus Wohlrabe.
In der Industrie stieg der Anteil der Unternehmen mit fehlenden Aufträgen erneut an – von 36,8 auf 38,3 Prozent. Besonders stark betroffen sind der Umfrage zufolge der Automobilbau, wo der Anteil von gut 35 auf knapp 43 Prozent zunahm, sowie der Maschinenbau mit 46 Prozent und die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen mit 41. Auch in der Metallindustrie melde inzwischen fast die Hälfte der Betriebe eine unzureichende Auftragslage. (…)
Ein gegenläufiger Trend zeichnet sich hingegen im Dienstleistungssektor ab.
Quelle: Zeit Online

***Anmerkung Christian Reimann:*** *Das sind alarmierende Signale. Über die Ursache ist wenig bzw. nichts zu erfahren. Besteht da etwa ein Zusammenhang zu den zahlreichen Sanktionspaketen gegen Russland? Die politischen Entscheidungsträger in Deutschland und EU sorgen offensichtlich viel lieber für einen ökonomischen Aufschwung in den USA als hierzulande.*

und: **Arbeitslosengeld-Ausgaben 2012 bis Juli 2025**
In den 12 Monaten von August 2024 bis Juli 2025 wurden von der Bundesagentur für Arbeit (BA) für das beitragsfinanzierte Arbeitslosengeld (SGB III) insgesamt 24,672 Milliarden Euro ausgegeben, 3,958 Milliarden Euro mehr als in den 12 Monaten ein Jahr zuvor (August 2023 bis Juli 2024: 20,714 Milliarden Euro).
Im monatlichen Vorjahresvergleich stiegen die Arbeitslosengeldausgaben nach November 2022 in jedem der danach folgenden 32 Monate (Dezember 2022 bis Juli 2025). In diesen 32 Monaten nach November 2022 stieg die 12-Monatssumme der Arbeitslosengeldausgaben um 8,129 Milliarden Euro (49,1 Prozent), von 16,543 Milliarden Euro (Dezember 2021 bis November 2022) auf die oben genannten 24,672 Milliarden Euro (August 2024 bis Juli 2025).
Erinnerung: Mehr als die genannten 24,672 Milliarden Euro wurden zuletzt vor genau 19 Jahren, von August 2005 bis Juli 2006, für das beitragsfinanzierte Arbeitslosengeld ausgegeben. (August 2005 bis Juli 2006: 24,938 Milliarden Euro)
Quelle: BIAJ

6. **Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesfinanzminister und die staatlichen Schulden: Wenn Vorurteile auf Ahnungslosigkeit treffen**

Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesfinanzministerium, dem eine große Anzahl deutscher und deutschsprachiger Wissenschaftler angehört, hat in einem längeren Gutachten zur Weiterentwicklung der Schuldenbremse Stellung genommen (hier findet sich das Gutachten, an dessen Ende die Namen der Mitglieder aufgeführt sind). Die große Mehrzahl der Mitglieder sind Finanzwissenschaftler, also die Spezies von Ökonomen, die vorgibt, sich besonders gut mit dem Staat und dessen Finanzen auszukennen. Finanzwissenschaftler sind zwar, wie ich erst vor Kurzem hier gezeigt habe, kundig, wenn es um die Verbuchung von staatlichen Ausgaben oder die Aufzählung der Aufgaben des Staates geht, sie wissen in der Regel jedoch nichts über die Einbettung des Staates in die relevanten volkswirtschaftlichen Zusammenhänge im nationalen und im internationalen Rahmen. Gleichwohl sind es Finanzwissenschaftler, die in der Debatte um das geeignete Rentensystem immer wieder zugunsten eines kapitalgedeckten Systems eingreifen, eines Systems also, bei dem es entscheidend darauf ankommt, dass man die finanziellen Zusammenhänge in einer Volkswirtschaft und zwischen den Volkswirtschaften versteht.
Quelle: Relevante Ökonomik

7. **100 Tage Friedrich Merz: Diese Frage wird über den Fortbestand der Koalition entscheiden**
   Wenn Union und SPD in den ersten 100 Tagen nicht liefern, werden die Leute dieser Bundesregierung nicht vertrauen – so sprach CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann. Nun droht Kanzler Friedrich Merz und Schwarz-Rot tatsächlich bald der Bruch
   Die Sommerferien gehen zu Ende. In der Hälfte der Bundesländer hat die Schule bereits wieder begonnen. Nein, so richtig erholsam war der Urlaub nicht, der Ärger über die Abzocke begann ja schon auf der Autobahnraststätte. Eine kleine Tüte Gummibärchen für die Kinder vier Euro, eine Kugel Eis drei Euro, ein kleiner Kaffee fünf Euro. Am Zielort das gleiche. Das eingeplante Urlaubsbudget reichte hinten und vorne nicht. Zuhause die Fortsetzung. Lebensmittel, Schulmaterial, Versicherungen, Mietnebenkosten, Reparaturen: überall Aufschläge von bis zu 20 Prozent. Dazu höhere Pflegebeiträge und höhere Zusatzbeiträge bei den Krankenkassen.
   Und die Regierung? Kann sich wochenlang nicht auf die Besetzung eines Richterpostens am Bundesverfassungsgericht einigen. Wer derart fern vom Alltag der Bürger Politik macht, muss sich nicht wundern, wenn den Regierten der Kragen platzt.
   Quelle: Wolfgang Michal in der Freitag

8. **Psychopathische Eliten: Warum sich die Menschheit höchstwahrscheinlich selbst zerstört**
   Der Historiker Luke Kemp warnt vor dem drohenden globalen Zusammenbruch – verursacht durch wachsende Ungleichheit, zerstörerische Technologien sowie durch narzisstische und psychopathische Eliten […]
   Kemps neues Buch Goliath's Curse. The History and Future of Societal Collapse befasst sich mit dem Aufstieg und dem Zusammenbruch von mehr als 400 Gesellschaften im Laufe von 5.000 Jahren. Die Lehren, die er daraus zieht, sind oft verblüffend: Die Menschen sind grundsätzlich egalitär, werden aber von reichen, statusbesessenen Eliten in den Zusammenbruch getrieben, während vergangene Zusammenbrüche oft das Leben der einfachen Bürger verbesserten.
   Quelle: der Freitag
9. **Unter unserer Würde**
   Die Angriffe staatlicher Stellen auf den Frieden und unsere Freiheitsrechte sind ein Verstoß gegen den wichtigsten Verfassungsgrundsatz.
   „Unantastbar" ist sie angeblich. Und offiziell ist Paragraf 1 des Grundgesetzes auch noch in Kraft. Doch schon beginnen Juristen wie Frauke Brosius-Gersdorf an der Menschenwürde herumzudeuteln. Die Grundrechte sind spätestens mit den Corona-Maßnahmen potenziell zu einem Auslaufmodell geworden. Sie werden nach Gusto eingeschränkt oder, wo dies nicht möglich ist, weginterpretiert. Und ist es wirklich vereinbar mit der Menschenwürde, wenn Politiker den Ausbruch eines großen Krieges riskieren, der für Millionen von Menschen Leid, Verstümmelung oder Tod bedeuten kann? Der Schwachpunkt des Menschenwürde-Begriffs ist seine Ungenauigkeit. Für jeden Menschen kann es andere Bereiche geben, wo er sich in seiner Würde verletzt fühlt. Es ist daher wichtig, dass wir uns dessen bewusst werden, was dieses hohe Verfassungsgut für uns persönlich und ganz konkret bedeutet. Und dass wir unsere roten Linien beherzt gegen Angreifer aus den politischen Führungsetagen verteidigen.
   Quelle: Manova
10. **Corona-Aufarbeitung – Christian Drosten und der Fake-Faktor 16**
    Wenn ein Verfassungsgericht die Verhältnismäßigkeit von Pandemie-Maßnahmen prüft, macht es einen entscheidenden Unterschied, ob „die Wissenschaft" meint, dass ein neues Virus 16-mal tödlicher ist als die Grippe oder nur „etwas gefährlicher".
    „Für jeden Influenza-Toten gibt es 16 Covid-19-Tote in den USA." Mit diesem Diktum im NDR-Podcast vom 29. September 2020 entschied Christian Drosten

das mediale Match in der Diskussion um die Gefährlichkeit von Covid-19 im Vergleich zur Grippe für sich. Der Sieg kann daran gemessen werden, dass mehrere Faktenchecks – zum Beispiel im NDR oder BR – den Drosten’schen Faktor 16 gegen niedrigere Einschätzungen in Stellung brachten und Drosten selbst diesen Faktor Anfang 2025 im ORF unwidersprochen wiederholen durfte. Drosten selbst äußerte sich nicht sehr nobel über andere Ergebnisse als das von ihm Referenzierte: Es handle sich um „anekdotische Zahlen“, die sich manchmal nur auf ein Land bezögen und „aufgeschnappt und weitergeredet“ würden.
Quelle: Cicero

dazu auch: **Die Verschwörung gegen die «Verschwörungsthoretiker»**
Schwere Vorwürfe von deutschen Forschern: Befangene Virologen manipulierten die öffentliche Meinung zur Herkunft des Virus.
Wissenschafter, die es wagten, der These zu widersprechen, dass das Pandemievirus auf natürliche Art auf einem Wildtier-Markt in Wuhan entstand, wurden von der «Wissenschaft» als «Verschwörungstheoretiker» verunglimpft. Doch die letzten Erkenntnisse zeigen nun: Es war eine Gruppe von Wissenschaftern, Politikern und Journalisten, die sich verschworen hatten. Sie wollten die Hypothese bekämpfen, wonach das Virus in einem Hochsicherheits-Labor in Wuhan entstand, in dem mit Corona-Viren experimentiert wurde.
Das Besondere daran: Der deutsche Bundesnachrichtendienst BND hielt die Laborthese schon 2020 für «sehr wahrscheinlich» und informierte die Regierung von Angela Merkel.
Quelle: Infosperber